

PROTOKOLL ÜBER DIE SITZUNG
DES AMTSAUSSCHUSSES DES AMTES GROSSER PLÖNER SEE

- öffentlich -

Sitzung: vom 20. August 2012
im Restaurant Haus Schwanensee in Bosau
von 18:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Unterbrechung: entfällt

Gesetzliche Mitgliederzahl: 20

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 1 bis 5 Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse mit den lfd. Nr. 1 bis 11.

Anwesend:

a) Stimmberechtigt:

Amtsvorsteher Martin Leonhardt (D)
als Vorsitzender

BGM Herbert von Mellenthin (A)

BGM Joachim Schmidt (Bö)

BGM Dieter Wittke (Dö)

BGM Hans-Werner Sohn (G)

BGM Günter Schnathmeier (K)

BGM Jörg Prüß (L)

GV Christoph Frhr. von Fürstenberg-Plessen (N)

-für BGM Johannes Hintz-

BGM Olaf Wenndorf (Ran)

BGM Uwe Koch (Rat)

BGM Gerold Fahrenkrog (W)

BGM Mario Schmidt (Bo)

GV Rainer Hadelier (A)

GV Thomas Menzel (A)

GV Thure Schnoor (A)

GV Dieter Westphal (B)

GV Karl Schuch (G) *-für GV Uwe Kahl-*

GV Roger Barenscheer (Bo)

GV Max Plieske (Bo)

-für GV Thomas Ehlers-

GV Alfred Jeske (Bo)

b) nicht stimmberechtigt:

Protokollführerin: Frau Dankert, Amt Großer Plöner See

GV Jochen Usinger (G), GV Dr. Klaus Tamchina (N), Frau Heinke Wittke (Personalrat),

Frau Bianca Arendt (Gleichst.-Beauftr.); Presse: Herr Schneider (KN), Herr Kuhr (OHA);

weitere Zuhörer/innen: 7

Es fehlten entschuldigt: GV Uwe Kahl, GV Thomas Ehlers, BGM Johannes Hintz
(*Vertretung siehe oben*)

Die Mitglieder des Amtsausschusses des Amtes Großer Plöner See waren durch Einladung vom 26.07.2012 zu Montag, 20. August 2012 um 18:00 Uhr unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Ladung keine Einwände erhoben wurden.

Der Ausschuss war nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Tag, Zeit und Ort der Sitzung waren öffentlich bekannt gegeben worden.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

Tagesordnung:

1. Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten
2. Niederschrift vom 26. April 2012
3. Bericht des Amtsvorstehers / des geschäftsführenden Bürgermeisters
4. Einwohnerfragestunde
5. Unvermutete Kassenprüfung der Kasse am Standort Plön gemäß § 39 GemKVO
6. Satzung zur 3. Änderung der Hauptsatzung des Amtes Großer Plöner See
7. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
Wahrnehmung der Standesamtsaufgaben durch die Stadt Plön
8. Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Amt Großer Plöner See und der Gemeinde Bosau
9. Anfragen
10. Personalangelegenheiten
11. Anfragen

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwände erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

keine

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt.

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

TOP 1**Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten**

Ein Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten ist nicht erforderlich, da sich gegenüber den im Geschäftsausschuss verkündeten Personalangelegenheiten keine Änderungen ergeben haben.

TOP 2**Niederschrift vom 26. April 2012**

Es gibt keine Einwendungen, die Niederschrift gilt mithin als genehmigt.

TOP 3**Bericht des Amtsvorsteher / des geschäftsführenden Bürgermeisters**

AV Leonhardt berichtet über folgende Punkte:

- Erinnerung an die Einladung der Schleswig-Holstein Netz AG zum Regionalgespräch am 23.08.2012.
- Aus der Verwaltungsleiterrunde am 13.08.2012 beim Kreis:
 - Beim Schullastenausgleich wird es vermutlich eine Einigung auf einen einheitlichen Berechnungsmodus geben. Das größte Problem ist die Berücksichtigung der Abschreibung für zurückliegende Investitionen.
 - Zum Ausbau des 380-kV-Netzes gab es keine neuen Informationen. Die Umsetzungsschwierigkeiten bei Tennet werden inzwischen auf Regierungsebene behandelt.
 - Zur Verkehrsfallwildbeseitigung wird es Handreichungen des Kreises geben, eine Evaluierung ist in Vorbereitung. Die Landrätin habe bis zuletzt auf eine Einigung mit den Jagdberechtigten gehofft. Durch das Scheitern der Gespräche gab es zu wenig Zeit für eine geordnete Regelung.
 - Nach dem Regierungswechsel wird es die Kreiskonsolidierungshilfe nicht mehr geben. Die Aufhebung der Vorschriften ist jedoch noch nicht erfolgt.
 - Beim KiTa-Ausbau liegt der Kreis im „Soll“. Herr Krüger äußerte sich sehr positiv über die erbrachten Leistungen der Kommunen.
- Dem Amt liegt seit dem 20.08.2012 ein Schreiben der Gemeinde Bösdorf an den Innenminister des Landes Schleswig-Holstein in Bezug auf den Ausamtungsantrag vor.

GB Schmidt berichtet über Folgendes:

- Änderung der Gemeindeordnung und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften
- Öffentlichkeit von Sitzungen; erforderliche Beschlussfassung über die Nichtöffentlichkeit von Beratungsgegenständen zu Beginn der Sitzungen
- Abbau von Münztelefonen durch die Telekom; Gemeinden erhalten Mitteilung bei bevorstehendem Abbau
- Einführung Digitalfunk im Kreis Plön ab 2017; es sollten ggf. Verpflichtungsermächtigungen in die Haushalte aufgenommen werden
- Rechtsschutzversicherung für ehrenamtlich Tätige; Abschluss nur für das gesamte Amt möglich - alle Gemeinden müssen zustimmen
- 1. Nachtragshaushalt 2012
- Zustimmung der Gemeindevertretung der Gemeinde Bosau zu den Änderungen des öffentlich-rechtlichen Vertrages

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

TOP 4**Einwohnerfragestunde**

GV Dr. Tamchina, Nehnten, fragt nach, ob eine Mehrheit im Amtsausschuss plant, gegen einen Zusammenschluss mit der Stadt Plön vorzugehen.

GB Schmidt teilt dazu mit, dass noch kein Bescheid aus Kiel vorliegt, gegen den man rechtliche Schritte einleiten könnte.

Herr Sibbert, Bosau, möchte zu TOP 8 wissen, ob die 50-50 Regelung (Aufteilung der Kosten) einen statistischen Hintergrund hat.

AV Leonhardt erklärt, dass diese Kostenteilung aufgrund der Arbeitszeitverteilung des geschäftsführenden Bürgermeisters vorgenommen werden soll.

TOP 5**Unvermutete Kassenprüfung der Kasse am Standort Plön gemäß § 39 GemKVO****Beschluss:**

Der Amtsausschuss nimmt von der durchgeführten unvermuteten Kassenprüfung Kenntnis.

dafür: 20**dagegen: 0****Enthaltungen: 0****TOP 6****Satzung zur 3. Änderung der Hauptsatzung des Amtes Großer Plöner See**

AV Leonhardt teilt mit, dass es im vorliegenden Satzungsentwurf einen Schreibfehler gibt. In § 2 Abs. 1 muss es wie folgt heißen: „Diese Satzung zur 3. Änderung der Hauptsatzung...“

Beschluss:

Die Satzung zur 3. Änderung der Hauptsatzung des Amtes Großer Plöner See wird wie vorgelegt beschlossen.

dafür: 20**dagegen: 0****Enthaltungen: 0****TOP 7****Öffentlich-rechtliche Vereinbarung****Wahrnehmung der Standesamtsaufgaben durch die Stadt Plön****Beschluss:**

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Plön über die Wahrnehmung der Standesamtsaufgaben vom 23. Dezember 1999 wird nicht gekündigt.

Die Verwaltung wird gebeten, Gespräche mit der Stadt Plön aufzunehmen, um die vereinbarten Kündigungsfristen zu ändern. Ziel sollte es dabei sein, eine zweijährige Kündigungsfrist zu vereinbaren.

Die abschließende Beratung muss noch in diesem Jahr erfolgen.

dafür: 19**dagegen: 0****Enthaltungen: 1**

VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS

TOP 8**Änderung der öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Amt Großer Plöner See und der Gemeinde Bosau**

Nach kurzer Diskussion ergeht folgender Beschluss:

Der § 8 Abs. 3 des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Amt Großer Plöner See und der Gemeinde Bosau vom 16.11.2006 wird wie folgt geändert:

Das Amt Großer Plöner See erstattet der Gemeinde Bosau ab dem 01.01.2013

1. 50 % der jeweiligen Aufwendungen für die Besoldung des hauptamtlichen Bürgermeisters.
2. während der aktiven Dienstzeit 50 % der Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Versorgungsausgleichkasse Schleswig-Holstein.
3. im Versorgungsfall (Ruhestand) 50 % der Versorgungsaufwendungen.

dafür: 14**dagegen: 5****Enthaltungen: 1****TOP 9****Anfragen**

BGM von Mellenthin bittet dringend um Klärung, ob die Gemeinde auch für die Beseitigung des Verkehrsfallwildes innerhalb von Ortsdurchfahrten auf klassifizierten Straßen (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) zuständig ist. Es gibt widersprüchliche Aussagen des Kreises Plön und der Polizei.

Des Weiteren bittet BGM von Mellenthin darum, die Kosten, die für den Einbau der Digitalfunkgeräte nach Einführung des Digitalfunks entstehen, zu ermitteln. Auch diese Kosten müssten bei den entsprechenden Haushaltsplanungen berücksichtigt werden.

TOP 10**Personalangelegenheiten**

Es wird auf die Bekanntgaben in der Sitzung des Geschäftsausschusses verwiesen. Seit dieser Sitzung gab es keine Veränderungen.

TOP 11**Anfragen**

Es liegen keine weiteren Anfragen vor.

VORSITZENDER**PROTOKOLLFÜHRERIN***Martin Leonhardt**Ines Dankert***Anlagen zum Protokoll:**

- keine -